



Aktenzeichen: CDU

Datum: 28.03.2019

Hinweis:

Beratungsfolge: Planungs- und Umweltausschuss

Melde- und Auskunftspflicht über erdverlegte Leitungs- und Rohrsysteme, hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion

Wir bitten die Verwaltung Auskunft darüber zu erteilen,

- a. in wie weit bei der Erteilung einer Aufbruchgenehmigung Daten über die zu verlegenden Leitungs-/ Rohrsysteme angefordert werden
- b. ob und in welcher Form diese Daten erfasst, verarbeitet und verfügbar gemacht werden
- c. wie gewährleistet wird, dass ein Bauherr die vollständige Information über alle verlegten Leitungs- und Rohrsysteme (von allen Netzbetreibern) eingeholt hat.
- d. in wie weit die Verpflichtung besteht eine Baubeginnsanzeige abzugeben.
- e. in wie weit die Verwaltung und oder die Stadtwerke Informationen über die Lage und Art der verlegten Leitungen erhalten.

Nach unserem Kenntnisstand verfügen die Stadtwerke über ein eigenes und aktuelles Auskunftssystem. Dahingehend bitten wir um Erläuterung, ob der Betrieb resp. die Pflege eines gemeinsamen Systems sinnvoll sein und Synergien bilden könnte.

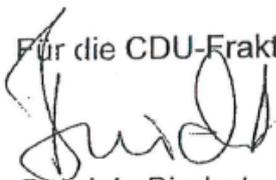
Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

Begründung:

Am 19. Februar dieses Jahres hatte ein Bauunternehmen in Berlin gleich zwei Starkstromleitungen bei Erarbeiten beschädigt. In der Folge waren über 34.000 Haushalte und Betriebe, darunter auch kritische Infrastrukturen wie Kliniken und Altenheime, bis zu 30 Stunden ohne Stromversorgung. Wenngleich im konkreten Fall die Ursache wohl in einer Fahrlässigkeit des Bauunternehmers zu finden ist, sind Störungen durch das Beschädigen vermeintlich unbekannter Leitungen tatsächlich keine Seltenheit. Als in früheren Zeiten überwiegend die Stadt, ggf. deren Stadtwerke und die Post/Telekom für das Verlegen von Leitungen und Rohren zuständig war, konnte das Abfragen von Auskünften vor invasiven Maßnahmen auf diese zwei bis drei Einrichtungen beschränkt werden. Heute allerdings sind eine Vielzahl von Unternehmen am Markt, die „ihre“ Leitungen bedarfsgerecht und kundenorientiert verlegen, sodass es umso wichtiger erscheint, ein vollständiges Kataster über all diese Leitungen zu führen.

Für die CDU-Fraktion



Gabriele Bindert
Vorsitzende